

Beim sehr gut besuchten Fachgespräch der Koalitionsfraktionen am 24. Mai im Landtag in Erfurt ging es um die Umsetzung der „Thüringer Initiative gegen Langzeitarbeitslosigkeit“ und des Programmes „Arbeit für Thüringen“. Die arbeitsmarktpolitischen Sprecherinnen Ina Leukefeld (LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Babett Pfefferlein (Bündnis 90/Die Grünen) konnten gemeinsam über 60 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen, so von der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaates Thüringen (GfAW), den Jobcentern, des Runden Tisches der sozialen Verantwortung oder der LAG Arbeit.

Zwar ist die Zahl der Menschen in Thüringen, die langzeitarbeitslos sind, in den vergangenen zehn Jahren von 80.000 auf jetzt 30.000 zurückgegangen, aber, so die Vertreterin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, es gebe seit geraumer Zeit eine „Stagnation im Abbau“. Daher war es für die rot-rot-grüne Landesregierung von Anfang an ein wichtiges Anliegen, „Langzeitarbeitslosen und Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen aktiv Möglichkeiten der Teilhabe am Erwerbsleben“ zu erschließen, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Dabei gehe es, wie die Abgeordneten der drei Fraktionen betonten, um „eine umfassende Arbeitsmarktpolitik, die sowohl für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne sorgt als auch die individuelle Unterstützung Erwerbsloser bei der Integration in den Arbeitsmarkt realisiert“.

Zunächst berichtete die Staatssekretärin des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Ines Feierabend (LINKE), detailliert über den aktuellen Umsetzungsstand der Arbeitsmarktprogramme. So sind bis 30. April 5,92 Millionen Euro an Landesmitteln im Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ (LAT) bewilligt worden. Das Programm dient der Finanzierung von Konzepten zur Beschäftigungsförderung

# Perspektiven für Langzeitarbeitslose

und zur beruflichen Integration von benachteiligten Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik. Darunter befinden sich 27 Projekte zur sozialen und beruflichen Integration von geflüchteten Menschen und Migranten. In den bewilligten Förderzeiträumen, die sich zum Teil bis Mitte und Ende



2018 ausdehnen, können so rund 4.000 Teilnehmer erreicht werden. Beim Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“ gibt es zum Stand 17. Mai nunmehr 322 Beschäftigungsverhältnisse. In diesem Thüringer Programm zeichnet sich eine große Nachfrage ab. Bis zu 1.000 Beschäftigungsverhältnisse sollen in diesem und im nächsten Jahr geschaffen werden.

**„Rot-Rot-Grün redet nicht nur, sondern wir liefern“**

Ina Leukefeld betonte: „Rot-Rot-Grün redet nicht nur, sondern wir liefern.“ Dabei sei es wichtig, dass gerade den älteren Langzeitarbeitslosen der Übergang in die Rente erleichtert werden muss. „Die Koalition wird an ihrer Forderung festhalten und künft-

tig Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern. Wir werden auch weiterhin Initiativen der Länder und des Bundes zum Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) unterstützen.“

Ein großer Diskussionspunkt waren die Kriterien der Richtlinien für die Arbeit und die Projekte, die im Rahmen der Programme umgesetzt werden. Die Vertreterin der LAG Arbeit warnte vor Überregulierung und sagte, „wir wollen sinnstiftende Arbeit“. Die Abgeordneten, so Ina Leukefeld, werden das Angebot der Jobcenter zur Mitwirkung an der weiteren Diskussion über die Kriterien der Richtlinien annehmen.

Mit Blick auf die Kritik an den langen Antragszeiten wurde um Verständnis und Geduld geworben. Dazu die SPD-Abgeordnete Diana Lehmann: „Wichtig bleibt, auch im nächsten Schritt, dass alle an der Umsetzung der Programme Beteiligten auf Augenhöhe miteinander handeln.“ Dabei stehe das gemeinsame Ziel im Vordergrund, dass Menschen, die über Jahre keine Perspektive hatten, in Arbeit kommen und auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt werden.

„In der Kommunikation über die aufgelegten Programme wollen wir noch mehr auf Transparenz achten und bei ihrer Umsetzung auch die Einsatzorte und Projekte besuchen“, kündigte für die Abgeordneten der Koalition die grüne Arbeitsmarktpolitikerin Babett Pfefferlein an. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Flüchtlingskinder:

Als „vollkommen unzureichend“ hat MdL Torsten Wolf den CDU-Antrag zum Schulbesuch von Flüchtlingskindern bezeichnet. „Die CDU ignoriert die guten Erfahrungen der Schulen mit der frühzeitigen Integration in den normalen Unterricht und will mit Vorschaltklassen, in denen Werte der christlich-jüdischen Kultur sowie Rechts- und Verfassungsnormen vermittelt werden sollen, die Integration erschweren“, so der LINKE-Bildungspolitiker.

### Bahnverkehr:

Die millionenschwere Förderung des Kaufs von Elektroautos hat Dr. Gudrun Lukin, Verkehrspolitikerin der Linksfraction, kritisiert. Notwendig sei viel mehr, „die Elektrifizierung von Bahnlinien voranzutreiben und die Sanierung des Streckennetzes zu fördern, wie bei der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar-Jena-Gera bis Chemnitz und der Strecke Gotha-Leinefelde.“

### Straßenausbaubeiträge:

Gemeinden sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie für Investitionsmaßnahmen, die vor dem 1. Januar 2000 beendet wurden, Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht. Dies sieht der jüngste Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes vor.

### Gipfeltreffen:

Das 18. Gipfeltreffen auf dem Schneekopf am 2. Juli wird vom Präsidenten des Thüringer Gebirgs- und Wandervereins, dem LINKE-Abgeordneten Knut Korschewsky eröffnet.

[www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/](http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/) ■

## NACHRICHTEN

### Energiewende

Mit Blick auf die Verhandlungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Aktionen zur Rettung der Energiewende in Thüringen, erklärte Stefan Harzer: „Die Bauern und Betreiber von Biogasanlagen in Thüringen haben erneut deutliche Zeichen für die Energiewende gesetzt und ihr nachhaltiges Wirtschaften zugunsten der Umwelt unterstrichen.“ Dabei sei es aber nicht nur um die Biogasbranche gegangen, der Protest und die Forderungen gegenüber der Bundesregierung werden ebenso von den in der Photovoltaik und der Windenergie Engagierten getragen. Bereits heute seien viele Biogasanlagen nicht mehr rentabel. Ihr Aus bedeute den Wegfall von 40 Prozent des in Thüringen aus erneuerbaren Quellen hergestellten Stroms. Als bigott bezeichnete der LINKE-Poli-



tiker die CDU-Fraktion, die sich den im Landtag beschlossenen Forderungen an die Bundesregierung nicht angeschlossen hat, aber beim Aktionstag an der Seite der Anlagenbetreiber stand. „Wenn man die Energiewende will, dann muss man auch aktiv dafür eintreten und nicht nur in Schönwetterreden so tun, als sei man an der Seite der Betroffenen.“ ■

### ZDF-Fernsehrat

Der Landtag wählte am 20. Mai den LSVD Landesverband Thüringen e.V. für den ZDF-Fernsehrat. „Endlich ist gelungen, eine Vertreterin der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen und Intersexuellen (LSBTIQ) in den Fernsehrat zu entsenden. Dies ist ein großer Verhandlungserfolg der rot-rot-grünen Landesregierung“, so die medienpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen André Blechschmidt (LINKE), Werner Pidde (SPD) und Madeleine Henfling (Grüne). Der Bundesverband der Lesben und Schwulen erklärte, das habe Vorbildfunktion für die Gremien aller öffentlich-rechtlichen Medien. Der Thüringer Verband werde seine langjährige Vorstandsfrau Jenny Renner für den ZDF Fernsehrat nominieren. ■

## TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit von Mittwoch, den 22. Juni, bis Freitag, den 24. Juni, statt. Nach den Thüringer Sommerferien kommt der Landtag vom 31. August bis 2. September wieder zusammen.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)